

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 6. Mai 2024
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

B 16 Projektierung der Erweiterung und Umnutzung der Kantonsschule Reussbühl; Entwurf Dekret über einen Sonderkredit / Finanzdepartement

Für die Kommission Verkehr und Bau (VBK) spricht Kommissionspräsidentin Laura Spring. Laura Spring: Die Kantonsschule Reussbühl ist mit rund 750 Schülerinnen und Schülern in 36 Klassen am Kurz- und Langzeitgymnasium und knapp 200 Studierenden in der Abteilung der Maturitätsschule für Erwachsene die drittgrösste Kantonsschule im Kanton Luzern. Das Hauptgebäude aus den 1970er-Jahren war für rund 500 Schülerinnen und Schüler ausgelegt; dieses wurde 1997 durch einen Erweiterungsbau ergänzt, weil wegen des starken Bevölkerungswachstums in der Region Luzern die Lernenden- und Klassenzahlen stark gestiegen sind. Dieses Wachstum findet weiterhin statt, und es besteht nun eine verschärzte Raumknappheit. Im Jahr 2022 wurde ein Wettbewerb für den weiteren Ausbau der Schule durchgeführt. Dieser sieht einen Neubau mit Räumen für 18 zusätzliche Klassen und einer Dreifachsporthalle in der Nähe des Hauptgebäudes vor. Die geschätzten Kosten des gesamten Bauvorhabens belaufen sich auf insgesamt 83,1 Millionen Franken, wovon 5,1 Millionen Franken für die anstehende Planung benötigt und mit diesem Sonderkredit zur Bewilligung beantragt werden. Wichtig ist auch, darauf hinzuweisen, dass die Projektierung der Erweiterung und Umnutzung der Kantonsschule Reussbühl den Zielen und Inhalten gemäss der Kantonsstrategie und dem Legislaturprogramm dienen, was auch in der Botschaft dargelegt wird. In der Sitzung vom 23. Februar 2024 der Kommission Verkehr und Bau (VBK) erfolgte die Information zur Botschaft. Da aus der Kommission viele Fragen zum Anstieg der Anzahl Klassen und bildungspolitische Fragen kamen, wurden diese Fragen an die Kommission Erziehung, Bildung und Kultur (EBKK) weitergegeben. Die EBKK ging auf den Wunsch der VBK ein und diskutierte die Fragen in der drauffolgenden Sitzung mit Bildungs- und Kulturdirektor Armin Hartmann sowie Kantonsbaumeister René Schmid und erstellte darauf einen Mitbericht. Dieser Mitbericht lag am 19. April 2024 für die Beratung in der VBK vor. Erneut wurden von Kommissionsmitgliedern bildungspolitische Fragen gestellt und diskutiert, daher wird die EBKK-Präsidentin später auch ihre Einschätzung aus Sicht der EBKK zur vorliegenden Botschaft in die Kantonsratsdebatte einbringen. Weitere Diskussionspunkte in der VBK waren die Kostensteigerung in Bezug auf die ursprünglichen, im Aufgaben- und Finanzplan (AFP) hinterlegten Zahlen. Die Kostensteigerungen wurden von den zuständigen Fachpersonen wie folgt erklärt: Einerseits gab es eine grosse Teuerung, die zu berücksichtigen ist, und andererseits wird wie vom Kantonsrat beschlossen in erneuerbare Energien investiert und gemäss den definierten Standards geplant und gebaut. In der VBK wurden dazu verschiedene Haltungen geäusser: Während einige Kommissionsmitglieder die

Kosten hoch fanden, schätzten andere Kommissionsmitglieder die gute Ausarbeitung und schlanke Lösung für diese wichtige Investition in die Bildung der jungen Menschen dieses Kantons. Die VBK trat einstimmig auf die Vorlage ein. Es lagen keine Anträge vor, und in der Schlussabstimmung wurde der Vorlage einstimmig zugestimmt. Da aber die Fraktionen unterschiedliche Positionen und Einschätzungen zum Projektierungskredit formuliert haben, hat die Kommission entschieden, mit Fraktionssprechenden zu arbeiten.

Für die Mitte-Fraktion spricht Roger Zurbriggen.

Roger Zurbriggen: Die Mitte-Fraktion ist für Eintreten und stimmt dem Planungskredit zu. Die Kantonsschule Reussbühl leidet unter Raumengpässen, insbesondere im Bereich Sport. 1970 für ursprünglich 500 Schüler gebaut, wurden 27 Jahre später mit dem Erweiterungsbau die Kapazitäten erhöht. Heute, weitere 27 Jahre später, werden dort 750 Schülerinnen und Schüler des Lang- und Kurzzeitgymnasiums und 200 Studierende für den gymnasialen Lehrgang und die Passerelle ausgebildet. Die Gründe für die bauliche Erweiterung und die Modernisierung wurden bereits dargelegt. Dieser relativ grosse prognostizierte Sprung von zusätzlichen 20 Klassen bis ins Jahr 2034/2035 wurde seitens der EBKK in ihrem Mitbericht als begründet ausgewiesen. Trotzdem gilt es die Gymnasialquote regional und kantonsweit im Auge zu behalten. Sie ist nämlich bereits heute für den städtischen Bereich der Kantonsschule Reussbühl höher als im kantonalen Durchschnitt. Gemäss Jahresbericht 2023, den wir kürzlich erhalten haben, beträgt die Gymnasialquote kantonsweit 18,6 Prozent. Sie soll aber in allen Regionen des Kantons ähnlich sein. Diesen Aspekt der Gymnasialquotenentwicklung wollen wir unseren beiden Räten als wichtiges Thema mitgeben. Nun aber zurück zum Bauvorhaben: Gemäss Botschaft verlangt das Siegerprojekt 83 Millionen Franken Investitionskosten, davon ungefähr 70 Millionen Franken für den geplanten Neubau, 10 Millionen Franken für die Rochaden in den bestehenden Gebäuden und 5 Millionen Franken für den vorliegenden Planungskredit, der unbestritten ist. Es gibt jedoch ein grosses Aber, was die Gesamtinvestitionskosten betrifft. Sie sollen über 80 Millionen Franken plus/minus 25 Prozent betragen. Die Mitte-Fraktion betrachtet diese Ausgangslage erstens als zu grob und zweitens dazu verleitend, dass sich die Kosten im Verlauf der weiteren Planungsarbeiten weiter erhöhen könnten. Wir erwarten ganz klar, dass die Investitionskosten, wie sie im AFP 2024–2027 mit 83 Millionen Franken eingestellt sind, erstens als Kostendach betrachtet und zweitens zusätzlich Optionen zur Kostenreduktion im oben genannten Volumen von 25 Prozent ausgearbeitet werden. Bei uns gaben sogar die 5 Millionen Franken für die Planungskosten zu reden. Diese sind aber gut investiert, denn nirgendwo sonst kann man Projektkosten am effizientesten optimieren als in der Planungsphase. Eine Darstellung der gut optimierten Kosten ist letztlich in Anbetracht der dafür nötigen Volksabstimmung eine Voraussetzung für den Erfolg des Vorhabens.

Für die SVP-Fraktion spricht Bernhard Steiner.

Bernhard Steiner: Die SVP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und wird ihr mit einigem Widerstreben zustimmen. Wir möchten dies im Folgenden kurz begründen: Es ist aus unserer Sicht glaubhaft dargelegt worden, dass die Wachstumsperspektive der Schülerzahlen am Kantonsschulstandort Reussbühl nur eine Richtung kennt, und zwar nach oben. Es ist auch klar, dass bereits heute eine Unterversorgung mit allgemeinen Räumlichkeiten, aber auch mit fachspezifischen Einrichtungen und der entsprechenden Infrastruktur besteht. Die Region wächst durch den Zuzug von kinderreichen Familien, und entsprechend steigen die Schülerzahlen. Im Gegensatz zum Mitbericht der EBKK sehen wir die Ursache für die höhere Übertrittsquote ans Gymnasium nicht in einem sogenannten Struktureffekt, sondern wir glauben, dass sich viele Eltern entscheiden, ihr Kind direkt ans Langzeitgymnasium zu schicken, um damit der integrierten Sekundarschule der Stadt Luzern mit ihren

leistungsheterogenen Klassen auszuweichen. Nichtsdestotrotz halten wir die prognostizierte Zunahme von 18 Klassen bis ins Jahr 2030 eher als hoch, aber nicht ganz ausgeschlossen. Als Vertreter einer Landregion sehe ich auch eine gewisse Gefahr, dass hier zentrale Reserven an Kapazitäten geschaffen werden, um beispielsweise kleine Kurzzeitgymnasien wie jenes in Schüpfheim zu schliessen. Es wurde zwar mehrfach versucht, glaubhaft zu versichern, dass dies nicht der Fall sei, aber wer weiss, ob man sich in einigen Jahren an die Versprechen erinnern mag. Der andere, massiv unerfreuliche Teil, sind die prognostizierten und vorgesehenen Kosten von 83 Millionen Franken. Versuchen wir einmal diese Kosten einzuschätzen, indem wir die Kosten von Reussbühl direkt mit den Kosten des Neu- und Erweiterungsbau in Sursee vergleichen, denn die beiden Bauwerke sind wegen ihrer Ähnlichkeit gut vergleichbar. Auch die Teuerung während dieser Zeit kann gut verglichen werden. Bei beiden Bauwerken haben sich die geplanten Kosten innerhalb eines einzigen Jahres massiv erhöht. Die eingestellten Gelder im AFP 2023–2026 betragen 57,7 Millionen Franken für die Kantonsschule Sursee und 48 Millionen Franken für die Erweiterung und Umnutzung in Reussbühl. Demgegenüber sind im AFP 2024–2027 für die Kantonsschule Sursee 72 Millionen Franken eingestellt. Dies entspricht einem Plus von 22,7 Prozent. Die Erneuerung Reussbühl kostet nun aber plötzlich 83 Millionen Franken und entspricht einem Plus von 73 Prozent. Wenn man die beiden Erweiterungen miteinander vergleicht, so stellt man fest, dass in Reussbühl ein zu teurer Bau angedacht ist. Hier erwartet die SVP-Fraktion ein Kostenbewusstsein für den Steuerfranken und fordert die Regierung und die ausführenden Planer dazu auf, dass man das Wünschbare auf das Sinnvolle und das Realistische reduziert, sonst droht beim Realisierungskredit ein Abbruch der Übung. Wir werden die Position bei den zukünftigen Beratungen des AFP im Auge behalten und allenfalls Korrekturen beantragen. In diesem Sinn stimmen wir zwar dem Planungskredit zu, verknüpfen damit aber die klare Bedingung, die Baukosten massiv zu reduzieren.

Für die FDP-Fraktion spricht Sabine Wermelinger.

Sabine Wermelinger: Die FDP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein. Die Kantonsschule Reussbühl wird in der Immobilienstrategie 2019 ganz klar mit der Strategie «zu entwickeln» aufgeführt mit ungefähr 55 Millionen Franken für die Erweiterung der Kantonsschule und 11 Millionen Franken für den Neubau der Turnhalle und Aussenanlage. Im Planungsbericht 2023 über die weitere Entwicklung der Volksschule, der Gymnasien und der Berufsbildung im Kanton Luzern, der vom Kantonsrat mit 88 zu 22 Stimmen zustimmend zur Kenntnis genommen wurde, wird die Notwendigkeit für das vorliegende Projekt inklusive Zeitplan aufgezeigt. Der Mitbericht der EBKK unterstreicht dies nochmals. Wir befinden über den Projektierungskredit für die Erweiterung und Umnutzung der Kantonsschule Reussbühl in der Höhe von 5,1 Millionen Franken. Darin sind auch 800 000 Franken als Reserve aufgeführt, was den Vorgaben des Kantons Luzern entspricht. Trotzdem hoffen wir, dass damit die Vorgaben zwar erfüllt, die Summe aber nicht zwingend genutzt werden muss. Das Konzept und das Projekt überzeugen so weit. Etwas beunruhigend ist, wie stark die Kosten für das Projekt inklusive der Teuerung seit der Erwähnung in der Immobilienstrategie 2019 bis jetzt gestiegen sind. Fairerweise muss aber auch erwähnt werden, dass mit dem Klimabericht und dem Energiegesetz neue, kostenintensive Anforderungen an Bauprojekte gestellt werden. Je nach Projektstand ist eine präzise Schätzung der Projektkosten schwierig. Es bestehen immer noch beträchtliche Unsicherheiten betreffend die voraussichtlichen Investitionskosten. Die Genauigkeit wird mit plus/minus 25 Prozent geschätzt. Das kann bei den Realisierungskosten ungefähr plus/minus 20 Millionen Franken bedeuten. Wenn bei bestehenden Bauten die Investitionskosten 30 Prozent des Gebäudeversicherungswertes übersteigen, müssen gemäss Kantonalem Energiegesetz zusätzlich minimale Anforderungen an die Energienutzung

umgesetzt werden. Das bestehende Hauptgebäude wurde im Jahr 2014 energetisch saniert und nach dem Minergiestandard zertifiziert. Gemäss Botschaft entspricht es energetisch weitgehend dem Stand der Technik, und die Ölheizung wurde durch einen Fernwärmemanschluss ersetzt. Ob die 30-Prozent-Regel zum Tragen kommt, weiss man erst im Zuge der weiteren Planung. Man geht aber eher davon aus, dass eine energetische Sanierung der Gebäudehülle und eine Erneuerung der haustechnischen Anlagen nötig werden. Die Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrpersonen werden es zu schätzen wissen, wird es im Sommer in den bestehenden Räumen doch sehr heiss respektive zu heiss zum Denken. Ein Eingriff in ein bestehendes Gebäude kann sich als Fass ohne Boden erweisen. Aus Sicht der FDP-Fraktion braucht es möglichst bald Klarheit, welche relevanten Kosten die Rochaden und allfällige andere Eingriffe am bestehenden Gebäude verursachen werden. Insbesondere auch weil eine Volksabstimmung für das Projekt nötig wird, soll keine Verwirrung durch sich ändernde respektive vor allem steigende Summen entstehen. Die im AFP ausgewiesenen Investitionskosten von ungefähr 83 Millionen Franken für dieses Projekt sollen verlässlich bleiben, besser noch optimiert werden. In diesem Sinn stimmt die FDP-Fraktion der Vorlage zu.

Für die SP-Fraktion spricht Sarah Bühler-Häfliger.

Sarah Bühler-Häfliger: Durch das Bevölkerungswachstum und den stetigen Zulauf an Schülerinnen und Schülern und durch die veränderten Ansprüche an eine zeitgemäss Ausbildung auf der Gymnasialstufe ergibt sich in der Kantonsschule Reussbühl Bedarf an neuem, zusätzlichem Schulraum inklusive Sportmöglichkeiten. Auch der Mitbericht der EBKK bestätigt das stete Wachstum der Bevölkerung im Einzugsgebiet der Kantonsschule Reussbühl sowie eine steigende Gymnasialquote und kann somit die Einschätzung des Projektteams bezüglich Entwicklung der Klassenzahlen und des Schulraumbedarfs bestätigen. Das vorliegende Siegesprojekt des Wettbewerbs stellt einen flexibel nutzbaren Erweiterungsbau der Kantonsschule Reussbühl vor. Das geplante Projekt bietet Vorteile in den Bereichen Architektur, Funktionalität, Wirtschaftlichkeit, Material, Konstruktion und Nachhaltigkeit. Aus Sicht der SP-Fraktion positiv zu beurteilen ist die Holz-Beton-Hybridkonstruktion, bei welcher auf einen ressourcenschonenden Ausbau geachtet werden soll. Ein Maximum an Photovoltaik-Anlagen (PV-Anlagen) soll geplant werden, um eine möglichst grosse Energieeffizienz zu erreichen, von der idealerweise auch weitere Verbraucher im Umfeld der Schule profitieren können. Das Ziel der Standards für nachhaltiges Bauen und Minergie A Eco ist begrüssenswert und eines Gebäudes mit Ausbildungs- und Vorbildfunktion innerhalb des Kantons Luzern würdig. Die geplanten Hitzeschutz- und Biodiversitätsfördermassnahmen sind in Zeiten des Klimawandels sinnvoll und als sehr positiv zu beurteilen. Die umlaufenden Balkone sind eine effektive Massnahme gegen zu hohe Temperaturen im Innern des Gebäudes sowie auch attraktive Aufenthalts- und Begegnungsorte für die Lernenden. Aufgefallen ist uns der fehlende Einbezug der künftigen verkehrstechnischen Erschliessung des Areals, ein zentrales Thema bei der prognostizierten zunehmenden Anzahl an Schülerinnen und Schülern und Lehrpersonen. Deshalb ist bei der weiteren Planung unbedingt zu berücksichtigen, dass ein zeitgemäßes Mobilitätskonzept einschliesslich einer attraktiven ÖV-Anbindung für Lernende und Lehrpersonen sowie genügend Veloparkplätze geplant werden. Trotz bisher fehlendem Mobilitätskonzept überwiegen für uns die Vorteile des vorliegenden Projektes zur Erweiterung der Kantonsschule Reussbühl. Es sind begrüssenswerte Aspekte und Grundsätze in der weiteren Planung angedacht, sodass der Kredit zur Planung sinnvoll eingesetzt sein wird. Die SP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und stimmt ihr zu.

Für die Grüne Fraktion spricht Gian Waldvogel.

Gian Waldvogel: Wir befinden heute über einen Projektierungskredit für den Ausbau der Kantonsschule Reussbühl. Wir haben jetzt schon einiges über dieses Projekt gehört. Wir können selbst beobachten, dass der Grossraum Luzern rasant wächst. In der Stadt Luzern und den Gemeinden schiessen neue Gebäude aus dem Boden, so auch im Einzugsgebiet der Kantonsschule Reussbühl. Weil zukünftig noch mehr Familien und damit Kinder zuziehen, muss die Schule zukünftig deutlich mehr Platz für Unterricht, Sport, Bewegung und Lernen bieten. Darin sind sich die Regierung und die Fachkommission einig. Bis 2029/2030 braucht es in Reussbühl Platz für 1200 Schülerinnen und damit für zusätzlich 18 Klassen. Heute sind es 750 Lernende. Zu den geäusserten Theorien der SVP-Fraktion: Lesen Sie den Planungsbericht Volksschulbildung und den Mitbericht der EBKK. Dort werden die Fakten aufgezeigt, an die wir uns auch halten sollten. Der Bedarf ist vorhanden, und es geht hier nicht um irgendwelche Verschwörungstheorien. Diese finde ich gefährlich und deplatziert. Es ist nicht Sache der VBK, diese Fakten zu beurteilen, sondern der zuständigen Fachkommission. Der Kanton Luzern hat bei den Investitionen für die Gymnasien gemäss Mitbericht generell Nachholbedarf. Grundsätzlich finden wir die Erweiterung der Kantonsschule Reussbühl eine sinnvolle und notwendige Investition. Wir haben aber auch eine Erwartung im Kontext dieses Wachstums: Im Rahmen der Projektierung der Kantonsschule fordern wir ein Mobilitätskonzept, das im Einklang mit der urbanen Umgebung und damit mit der Zukunft der Mobilität im Kanton Luzern ist. Das Quartier und damit die Schule müssen durch den öV und für Velofahrerinnen und Velofahrer sowie Fussgängerinnen und Fussgänger optimal erschlossen werden. Der motorisierte Individualverkehr (MIV) und somit die Parkplatzanzahl dürfen aufgrund des Ausbaus nicht zunehmen. Deshalb sind auch entsprechende Planungsgrundlagen notwendig. Die Kosten haben nochmals zu Diskussionen geführt, und es wurde ein Kostendach verlangt. Welche Leistungen sollen eingespart werden? Diese Kostenentwicklung ist bei vielen Bauprojekten zu beobachten. Die Teuerung beim Material nimmt zu, und auch der Fachkräftemangel ist ein Thema. Zudem werden an das Bauprojekt zusätzliche Anforderungen gestellt, die wir bestellt haben. Deshalb zeigt sich bei den Projektkosten eine gewisse Dynamik. Vielleicht wurde auch etwas zu vorsichtig oder euphorisch geplant. Viele verschiedene Effekte haben zu dieser Schwankung beim Preisschild beigetragen. Bevor wir also ein Kostendach verlangen, müssen wir auch über die Konsequenzen eines solchen Sparauftrags diskutieren. Das Projekt entspricht in der skizzierten Ausgestaltung dem kantonalen Ausbaustandard gemäss der kantonalen Immobilienstrategie und ist somit eine zeitgemässe, nachhaltige Investition in eine zukunftsfähige Bildungsinfrastruktur des Kantons. Es überzeugt zudem insbesondere mit der maximalen Ausnützung der PV-Anlage auf dem Flachdach, der klimaschonenden Materialität und auch mit dem Anschluss an die Fernwärme. Wir sind überzeugt, dass ein Ort entstehen wird, an dem die jungen Menschen ihre berufliche und akademische Laufbahn in einem guten Umfeld starten können. Die Grüne Fraktion tritt auf die Vorlage ein stimmt entsprechend dem Projektierungskredit in der Höhe von 5,1 Millionen Franken zu.

Für die GLP-Fraktion spricht Franziska Rölli.

Franziska Rölli: Wir bedauern es, dass bei der aktuellen Welle von Investitionen in die gymnasiale Infrastruktur nicht ernsthaft hinterfragt wurde, das Langzeitgymnasium abzuschaffen. Wird an der Strategie festgehalten, das Langzeitgymnasium langfristig zu behalten, erachten wir den Bedarf nach mehr Schulraum in Reussbühl als ausgewiesen. Wir bedauern es, dass auf eine Aufstockung des bestehenden einstöckigen Erweiterungsbaus von 1997 verzichtet wird. Das führt dazu, dass mit dem Projekt mehr Kulturland verbaut wird als zwingend nötig. Vor dem Hintergrund des sorgfältigen Umgangs mit Kulturland ist es aus unserer Sicht positiv, dass beim jetzt geplanten Neubau eine zukünftige Aufstockung möglich

ist und in die Projektierung einfließt. Die prognostizierten Kosten von 83,1 Millionen Franken sind aus unserer Sicht sehr hoch. Davon entfallen 71,5 Millionen Franken auf den Neubau. Dieser wird Schulraum für 18 Klassen bieten und drei Turnhallen mit den notwendigen Nebenräumen umfassen. Ein Projekt jedoch nur für 12 Klassen, aber ebenfalls mit einer Dreifachturnhalle wird zurzeit in Sursee realisiert, und zwar für 37 Millionen Franken. Uns ist es klar, dass zwischen diesen beiden Projekten sechs Jahre liegen und deshalb einiges an Teuerung. Auch die unterschiedliche Anzahl Klassenräume führt zu Mehrkosten, und die Projekte weisen auch in anderen Punkten grosse Unterschiede auf. Abschliessend kann aber mit diesem Vergleich aufgezeigt werden, dass Schulraum grundsätzlich günstiger zu haben wäre. Deshalb soll bei der Projektierung geprüft werden, wie die Kosten sinnvoll reduziert werden können. Von der Vorbildfunktion im Bereich des nachhaltigen Bauens soll jedoch nicht abgewichen werden. Eine nachhaltige Bauweise kann zu einer Senkung der Betriebskosten beitragen. Im Vertrauen darauf, dass die Kostenverantwortung bei der Projektierung ernst genommen wird, treten wir auf die Vorlage ein und stimmen dem Projektierungskredit von 5,1 Millionen Franken zu.

Für die Kommission Erziehung, Bildung und Kultur (EBKK) spricht Kommissionspräsidentin Karin Andrea Stadelmann.

Karin Andrea Stadelmann: Die VBK hat die EBKK um einen Mitbericht angefragt. Dieser Mitbericht scheint einige Diskussionen oder abenteuerliche Thesen ausgelöst zu haben. Ich beschränke mich auf die bildungspolitischen Fragen. Die EBKK hat sich der Fragen der VBK angenommen und in ihrem Mitbericht dargelegt, weshalb der Ausbau in Bezug auf Schulklassen nötig ist und weshalb dargelegt wurde, dass das Einzugsgebiet der Kantonsschule Reussbühl in den nächsten 10 bis 20 Jahren offensichtlich von mehr Familien bewohnt wird. Deshalb wird es auch mehr Kinder geben, die den gymnasialen Weg einschlagen. Mit dem Bau und dem Zuzügergebiet sollen aber weder die Bildungsquote noch die Maturitätsquote gesteuert werden. Um dieses Thema geht es nicht. Unsere Zahlen zeigen in diesem Bereich 18,7 Prozent, und in den nächsten Jahren wird sich daran auch statistisch nicht allzu viel verändern. Zur Aussage, dass versteckt diskutiert werde, allenfalls die Kantonsschule in Schüpheim aufzuheben, lässt sich Folgendes sagen: Die Kantonsschule Schüpheim bietet das Gymnasium Plus an, was nicht alle Kantonsschulen tun. Es ist im Moment kein Thema, dass daran etwas geändert werden soll. Wir haben uns bereits im Planungsbericht Gymnasialbildung damit auseinandergesetzt, dass die Kantonsschulen wachsen werden, aber auch darauf hingewiesen, dass beispielsweise bei der Kantonsschule Alpenquai das Potenzial ausgeschöpft ist. Deshalb ist an einem anderen Ort eine Entwicklung notwendig.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Ich nehme gerne zu einigen Punkten kurz Stellung. Ich kann Ihnen versichern, dass die Diskussion über die Kosten in der VBK nicht ungehört bleibt. Sie dürfen darauf vertrauen, dass im Rahmen des nächsten Projektierungsschritts die Möglichkeiten für Kostenoptimierungen geprüft werden. Wir nehmen Ihr diesbezügliches Anliegen sehr ernst. Ich erlaube mir aber auch darauf hinzuweisen, dass die Diskussionen in diesem Rat bezüglich Anforderungen an die Gebäude nicht dazu führen, dass es günstiger wird. Ich denke dabei an die ganzen energetischen Anforderungen, aber auch an die Holzbauweise. Das ist nicht günstiger. Der Kanton Luzern hat eine Gymnasialquote von 19,5 Prozent definiert, die nicht wesentlich überschritten werden soll. Heute befinden wir uns gut 1 Prozent darunter. Es besteht keine Absicht, Massnahmen zu ergreifen, um eine Erhöhung zu erzielen. Ich kann Bernhard Steiner beruhigen: Es ist nicht die Absicht, in Reussbühl Schulraum zu realisieren, der dafür genutzt werden soll, um an einem anderen Standort Reduktionen vorzunehmen.

Dieser Schulraum ist für diese Region erforderlich, da sie wächst. Vergessen Sie bitte nicht, dass Reussbühl auch das Überlaufgefäß der Kantonsschule Alpenquai ist, da diese bekanntlich aus allen Nähten platzt. Ich bitte Sie, dem Projektierungskredit zuzustimmen.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Dekret über einen Sonderkredit für die Projektierung der Erweiterung und Umnutzung der Kantonsschule Reussbühl, wie es aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 100 zu 0 Stimmen zu.